



 Arbeitsgemeinschaft Frieden e.V. · Pfützenstraße 1 · D - 54290 Trier

An Frau Ministerpräsidentin  
Malu Dreyer - Staatskanzlei  
Peter-Altmeier-Allee 1  
55116 Mainz

Friedens- & Umweltzentrum  
Weltladen der AGF

## Offener Brief zu Bundeswehrwerbung/Militarisierung der Gesellschaft

Trier, 12. Juni 2014

### **Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, liebe Malu Dreyer**

für uns als Teil der Friedensbewegung ist die Förderung ziviler nicht militärischer Mittel und Friedenspolitik sowie das Zurückdrängen militärischer Mittel und Strategien ein wichtiges Ziel. In diesem Anliegen hoffen wir auf Ihre Unterstützung als Ministerpräsidentin und Sozialdemokratin.

Seit Ihrer Amtseinführung beobachten wir zunehmend irritiert wie die Anliegen von Militär und Bundeswehr von Ihnen unterstützt und gefördert werden. So veröffentlichten Sie beispielsweise am 20.5.2014 eine Pressemitteilung mit der Überschrift „Gute Beziehungen pflegen“ worin Sie Rheinland-Pfalz als ein „bundeswehrfreundliches“ Land bezeichneten und die Arbeit der Jugendoffiziere an Schulen lobten. Zuvor hatten Sie Ende 2013 einen Verabschiedungsappell für Auslandseinsätze in Diez unterstützt, sowie einen Empfang für die Bundeswehr ausgerichtet, im April das Bundeswehrkrankenhaus besucht. Im August 2013 hatten Sie Ihre Unterstützung für eine neue Bundeswehrfregatte des Landes zugesagt usw.

Insgesamt beobachten wir mit Sorge eine Zunahme von Bundeswehrwerbung besonders für Jugendliche, aber auch die zur Schauellung von Militär und die Förderung militärischen Denkens und militärischer Mittel.

Aktuell wundert und verärgert uns besonders ein öffentliches Gelöbnis der Bundeswehr am 24. Juni am rheinland-pfälzischen Landtag in Mainz, dass Sie scheinbar unterstützen.

Wir beteiligen uns an den Protesten gegen dieses Gelöbnis, das wir als Teil der Militarisierung der Gesellschaft ablehnen. Das Gelöbnis wird nicht in der Kaserne stattfinden, nein es findet direkt vor dem Landtag statt. Für uns stellt dies eine öffentlichkeitswirksame politische Demonstration dar, damit wird für Auslandseinsätze der Bundeswehr und für eine noch stärker militarisierte Außenpolitik geworben, wie sie auch von Bundespräsident Gauck, Verteidigungsministerin von der Leyen und Vizekanzler Gabriel propagiert wird. Wohin eine aggressive Expansionspolitik von EU und NATO führen kann zeigt sich in der unverantwortlichen Konfrontation mit Russland, was die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen in Europa drastisch erhöht hat. Jetzt ist stattdessen Deeskalation nötig, keine militärischen Drohgebärden und Aufmärsche.

Ein öffentliches Militärgelöbnis im Gedenkjahr an den Beginn des Ersten Weltkriegs durchzuführen ist für uns besonders geschmacklos und deplaziert.

Wir wünschen uns, dass das Gelöbnis nicht als öffentliche Veranstaltung stattfindet, wir wünschen uns, dass es gar nicht stattfindet und dass es nicht von Ihnen unterstützt wird.

Ein weiterer Kritikpunkt ist der verstärkte Werbefeldzug der Bundeswehr besonders gegenüber Jugendlichen. Die Bundeswehrwerbung beginnt mit der Weitergabe der Daten aller 17 Jähriger durch die Einwohnermeldeämter an die Bundeswehr zwecks Rekrutierung. Dass auch 17jährige rekrutiert werden, verstößt gegen die UN-Kinderschutzkonvention, so auch die Kritik von Kinderrechtsorganisationen wie terre des hommes.

Weitere Argumente gegen die Bundeswehr an Schulen sind der Beutelsbacher Konsens<sup>1</sup>, der einseitige Informationen bei gesellschaftlich umstrittenen Themen verbietet sowie das Schulgesetz das eine Erziehung „zum gewaltlosen Zusammenleben“ vorschreibt. Jugendoffiziere machen natürlich Werbung für die Bundeswehr wie uns Schüler berichten – von Friedensdiensten und ziviler Konfliktbearbeitung als Alternative zu militärischen Einsätzen dagegen hören die Schüler in der Regel nichts.

Der Werbefeldzug der Bundeswehr beginnt im Internet, mit zielgruppenspezifischen Seiten und Filmen, hinzukommen Werbeanzeigen in Schülerzeitungen und Zeitschriften wie BRAVO. Es geht weiter mit zahlreichen Schulbesuchen von Soldaten über Sport- und Musik-Events, mit Infotrucks und Infoständen auf Schulhöfen, auf Marktplätzen, bei Berufsmessen, aber auch in Arbeitsagenturen. Schließlich finden zahlreiche Besuche von Jugendoffizieren im Unterricht und mehrtägige Studienfahrten sowie das umstrittene Simulationsspiel POL&IS statt.

Und zu guter Letzt gibt das Land dem Militär auch beim Rheinland-Pfalz-Tag trotz Protesten seit Jahren eine öffentliche Bühne und viel Platz für ihre Waffenshow. Die Bundeswehr spricht dabei besonders Jugendliche, darunter auch Kinder an, wie Fotos von Kindern an Waffen dokumentieren.

Junge Menschen können nicht wirklich einschätzen was der Soldatenberuf bedeutet – Gefahr für Leib und Leben, zunehmende Traumatisierungen und letztendlich die Bereitschaft zu Töten. Folgewirkungen in der Gesellschaft durch Selbstmorde, Gewaltzunahme und gescheiterte Beziehungen nehmen zu.

Für uns ist es vor allem auch das Ziel dieser Einsätze, weshalb wir Rekrutierung und Auslandseinsätze ablehnen. Die verteidigungspolitischen Richtlinien sprechen eine deutliche Sprache: *"Freie Handelswege und eine gesicherte Rohstoffversorgung sind für die Zukunft Deutschlands und Europas von vitaler Bedeutung. Die Erschließung, Sicherung von und der Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten werden weltweit neu geordnet."* Es geht also eindeutig und in erster Linie um wirtschaftliche Interessen: *"einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen (...)"*

Viele lassen sich aus vermeintlicher Alternativlosigkeit und natürlich mit Geld und Ausbildung für die Bundeswehr anwerben. Zurecht wird dies auch als Armutsrekrutierung kritisiert.

Wir hatten die Kampagne gegen die Unterzeichnung des Kooperationsabkommens der Bundeswehr mit dem Kultusministerium initiiert, weiterhin fordern wir die Rücknahme dieser Bundeswehr-Schul-Kooperation und militärfreie Schulen. Auch die Vereinbarung mit dem Netzwerk Friedensbildung RLP kann das Ungleichgewicht an Schulbesuchen (500 x Bundeswehr zu 7 x Friedensbildung<sup>2</sup>) nicht ausgleichen und stellt für uns ein politisches Feigenblatt dar. Letztendlich kaschiert und legitimiert die Vereinbarung des Landes mit einigen Friedensgruppen die Bevorzugung und Bevorteilung der Bundeswehr, die mit einem Millionenetat und u.a. mit 92 hauptamtlichen Jugendoffizieren an Schulen geht.

1 <http://www.jungegew.de/index.php/pressereader-bundeswehr/items/beutelsbacher-konsens.html>



Auch wir wollen Friedensbildung und gehen mit Unterrichtseinheiten an Schulen – jedoch nicht im Rahmen dieser Vereinbarung solange es als Pendant zur Bundeswehrvereinbarung läuft. Wir fordern weiterhin eine Schule ohne Bundeswehr und die Beendigung der Bundeswehrkooperation mit Schulen, die Bildungsrichtlinien und dem Friedensauftrag von Bund, Land und Schulen widerspricht.

Liebe Frau Ministerpräsidentin, liebe Malu Dreyer, wir bitten Sie daher, die bestehende Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr in Rheinland-Pfalz zu beenden. Sorgen Sie dafür, dass Friedensbildung an Schulen gefördert und nicht dem militärischen Denken und Handeln Vorschub geleistet wird, in dem die Landesregierung Bundeswehrbesuche an Schulen empfiehlt und fördert. Auch die Militärshow auf dem Rheinland-Pfalz-Tag und das bevorstehende öffentliche Bundeswehrgelöbnis lehnen wir ab und bitten Sie sich dagegen zu positionieren. Auch die landesweit kaum bekannte Widerspruchs-Möglichkeit gegen die Weitergabe der Daten 17jähriger an die Bundeswehr sollte bekannter werden und durch entsprechende Formulare erleichtert werden.

Wir bitten um eine Antwort und stehen für Gespräche, auch gemeinsam mit anderen Friedensgruppen, die die Bundeswehrwerbung kritisieren, jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen für den Vorstand der AG Frieden.

*(Hermann Anell und Sabine Welter)*

---

2 Wie das rheinland-pfälzische Bildungsministerium im Landtag im Oktober 2013 auf eine Anfrage aus der CDU-Landtagsfraktion mitteilte, gab es 2010 und 2011 338 bzw. 205 Veranstaltungen der Bundeswehr in Schulen, 2012 waren es 333 Veranstaltungen. Dem stehen laut Mitteilung der Landesregierung auf eine Anfrage der CDU-Fraktion im Landtag im Juli 2013 insgesamt lediglich sechs Veranstaltungen des Netzwerkes Friedensbildung gegenüber, hinzukommt eine Veranstaltung der AG Frieden an einer Schule in Trier